Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigaben täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund", wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein. Bauernfreund" und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das Illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 341. | Redaktion Jos. Grunau. | Montag, 23. Juni 1913. Edeltrud., Agripp ina.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß | 40. Jahrgang.

Die Ausschussberatung über das neue Reichsstempelgesetz.

* Berlin, 21. Juni. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet heute zunächst den Rest des neuen Reichsstempelsteuergesetzes. Artikel 3 will den Versicherungsstempel als Reichsabgabe einführen. In Einzelstaaten soll künftighin die Erhebung derartiger Steuern untersagt sein. Der Entwurf sieht eine Reichsstempelsteuer für die Feuer-, Einbruchsdiebstahl-, Glas-, Land- und Seetransport- und Zeitversicherung vor. Die Kommission beschloß eine Reihe Ermäßigungen der in der Regierungsvorlage enthaltenen Steuersätze, lehnte die Abgabe für Versicherungen auf unbewegliche Gegenstände gegen Feuersgefahr und ferner die Steuer für Unfall- und Haftpflichtversicherungen ab. Ein konservativer Antrag, die Stempelsteuer für Immobilarversicherungen den Einzelstaaten für die ihnen abgenommenen Einnahmequelle sieht die Vorlage die Durchschnittseinnahme der letzten drei Jahre bis zum 30. September 1916 vor. Nach einem nationalliberalen Antrag soll dieser Termin auf den 31. März 1913 festgesetzt werden. Die Vertreter der Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Hessen wandten sich gegen diese Fristverkürzung. Es müsse den Einzelstaaten hinreichend Zeit bleiben, sich nach neuen Steuerquellen umzusehen. Der Antrag wurde trotzdem angenommen. Ein weiterer nationalliberaler Antrag verlangt die Aufhebung der Scheck- und Quittungsstempelsteuer ab 31. Dezember 1916. Der Antrag wurde von der gesamten Linken befürwortet. Der Stempel habe den Scheckverkehr ganz erheblich eingeschränkt, und der Steuerertrag sei mit drei Millionen weit hinter dem erwarteten Betrage von jährlich 15 Millionen zurückgeblieben. Für den Antrag, der gegen die Konservativen Annahme fand, stimmte auch das Centrum.

Die neuen Einnahmen.

Ein Centrumsmitglied regte an, es sei doch sehr wünschenswert, Klarheit über die voraussichtlichen Erträgnisse der neuen Steuern so wie sie von der Kommission beschlossen seien, zu erhalten.

Reichsschatzsekretär Kühn machte daraufhin folgende Mitteilung: Die Reichsvermögenszuwachssteuer werde ab 1917 voraussichtlich bringen rund 100 Millionen Mark, davon gehen ab an die Bundesstaaten 10 Millionen Mk., bleiben 90 Millionen Mark für das Reich. Die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer bringe 40 Millionen Mark und durch die Stempelabgabe werden 45 Millionen Mark erzielt. Das Erbrecht des Staates bringe 13 Mill. Mark, das macht zusammen 188 Millionen Mark. Davon gehen ab 3 Millionen Mark Scheckstempelsteuer, so daß verbleiben würden 185 Millionen Mark, das sei der erforderliche Bedarf. Wenn, wie verlautet, das Erbrecht des Staates fallen sollte, dann müsse für entsprechenden Ersatz gesorgt werden. In den ersten drei Jahren ergebe sich aber ein erheblicher Ausfall: 1. Entschädigung für die Stempelsteuer an die Einzelstaaten rund 30 Millionen Mark, 2. sofortige Ermäßigung des Grundstücksumsatzstempels auf ½ %: weniger 40 Millionen Mark, 3. Einschränkung bei der Besitzsteuer bis zu 1917: 80 Millionen Mark, das mache zusammen rund 150 Millionen Mark Defizit für die ersten drei Jahre.

Der Centrumsredner fragte an, ob der Etat pro 1912—13 schon vorliege, wie es sich dabei mit den Ueberschüssen verhalte, und ob es möglich sei, unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen eine Verschiebung bezw. eine Teildeckung zu erzielen.

Der Staatssekretär erwiderte, aus dem Rechnungsjahr 1912 würden keine großen Mittel mehr zur Verfügung stehen. Der Ueberschuß von 77,1 Millionen Mark habe bereits zum weitaus größten Teile Verwendung bezw. Abfindung im Nachtragsetat gefunden. Pro 1913 seien 24 Millionen Mark Mehreinnahmen eingestellt, mehr glaube die Regierung nicht vertreten zu können.

Es folgte die

zweite Lesung des Wehrbeitrages.

Der Staatssekretär unterstützte einen konservativen Antrag, die Höchstgrenze der Abgabe von 1,5 auf 1,25 Prozent zu ermäßigen. Der Antrag wurde gegen die Sozialdemokraten, die Fortschrittliche Volkspartei und das Centrum abgelehnt. Es bleibt mithin bei der in der ersten Lesung beschlossenen Staffelung für die Vermögensabgabe. Die Frage, ob in bezug auf die Heranziehung und Berechnung des Einkommens eine Aenderung eintreten soll, wurde zunächst noch zurückgestellt. Der Berichterstatter, Abgeordneter Graf Westarp, stellte entsprechende Vorschläge in Aussicht. Die §§ 1a bis 11 wurden ebnfalls nach den Beschlüssen erster Lesung verabschiedet.

§ 12 behandelt die Aktiengesellschaften. Hier beantragt der Berichterstatter folgende neue Fassung, die gegenüber dem Beschluß eine neue Milderung in bezug auf die Heranziehung der Reserven bedeutet: „Beitragspflichtig sind ferner Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien und zwar erstens, wenn sie im Innlande ihren Sitz haben, mit den in der Bilanz des letzten Berichtsjahres aufgeführten wirklichen (freien) Reserven, zuzüglich etwaiger Gewinnvorträge, abzüglich der Fonds für Wohlfahrtseinrichtungen, zweitens, wenn sie im Innlande keinen Sitz haben, mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen. Von dem Beitrag sind befreit erstens inländische Gesellschaften, welche nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, insbesondere auch der Förderung der minderbemittelten Volksklassen dienen, den zur Verteilung gelangenden Reingewinn fassungsmäßig auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitalsanlage beschränken, auch bei der Auflösung oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert der Anteile zusichern, und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens gemeinnützigen Zwecken bestimmen, zweitens Gesellschaften, welche im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, oder, wenn die Gesellschaft erst kürzere Zeit besteht, im Durchschnitt der bisher abgeschlossenen Geschäftsjahre weniger als drei Proz. Gewinn verteilt haben. Der Bundesrat ist ermächtigt, die Befreiung auch dann zu bewilligen, wenn die Gesellschaft eine höchstens fünfprozentige Verzinsung der Kapitalsanlage gewährt." Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag angenommen.

Stagnation der sozialdemokratischen Partei am Niederrhein.

K Die Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei des Niederrheins hat vor einigen Tagen ihren Geschäftsbericht herausgegeben. Der Bericht ist in vieler Beziehung interessant. Am interessantesten wohl ist die Mitgliederbewegung. Sie zeigt nämlich einen Rückgang von 15 männlichen Mitgliedern und einen Gewinn von 473 weiblichen, so daß die Gesamtzunahme 458 beträgt. Nun gehören aber zum Bezirk Niederrhein folgende Kreise: Elberfeld-Barmen, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Mülheim, Mörs-Rees, M.-Gladbach, Krefeld, Cleve-Geldern, Kempen, Neuß-Grevenbroich, Solingen, Hagen-Schwelm, Altena-Iserlohn, Lennep-Remscheid. Für ein solch ausgedehntes Gebiet ist eine Zunahme von 458 Mitgliedern ein wahrhaft klägliches Resultat. Zumal, wenn man sieht, welche Anstrengungen dazu gehört haben, es zu erreichen. 11 freigestellte Parteisekretäre und 1 Sekretärin sind tätig gewesen, 411 öffentliche politische Versammlungen (darunter 52 für Frauen), 20 Agitationsversamlungen mit Abgeordneten als Rednern, und einige Demonstrationsversammlungen haben stattgefunden. Außerdem wurden noch 13 Kreiskonferenzen und Generalversammlungen zur Belebung der Agitation benutzt. Ungeheuer ist der Aufwand in der schriftlichen Agitation. Es wurden nicht weniger als 3 370 780 Flugschriften verbreitet. Der Agitationskalender ist in einer Auflage von 245 000 in deutscher und von 10 000 in polnischer Sprache ins Volk geworfen worden. Dazu kommen noch die Agitation durch die Parteipresse, die Werbearbeit der „freien" Gewerkschaften und sonstige kleinere Agitationsmittel.

Die Herren Genossen empfinden es natürlich auch selbst, daß das Ergebnis ihrer Anstrengungen ein sehr klägliches ist. Der Bericht bringt darum auch eine Entschuldigung, daß weniger die Mängel der Organisation, als vielmehr wirtschaftliche Ursachen den Stillstand in der Mitgliederbewegung verschuldet haben, wie: Abwanderung der Arbeiter Teuerung der Lebensmittel, gedrückte Geschäftslage infolge der ständigen Beängstigung der Bevölkerung durch die drohende Kriegsgefahr. Mit dieser Entschuldigung haben die Herren Genossen aber kein Glück bei uns. Denn die katholischen Arbeitervereine, die doch unter denselben wirtschaftlichen Schädigungen zu leiden haben, sind im gleichen Bezirk, also in den 14 Kreisen, durchaus nicht zurückgegangen, sondern haben nach einer oberflächlichen Berechnung 5650 Mitglieder gewonnen. Daraus ist mit aller Klarheit zu erkennen, daß die Sozialdemokratie den größten Widerstand findet beim katholischen Volk, und daß besonders die Tätigkeit der katholischen Arbeitervereine geeignet ist, der Sozialdemokratie den Weg zu verlegen. Die Förderung der katholischen Arbeitervereine ist demnach eine vorzügliche Abwehr der sozialdemokratischen Agitation. Unsere katholischen Arbeiter dürfen stolz sein auf ihre Standesvereine. Mögen sie immer eifriger arbeiten in diesen Vereinen zu ihrem und der Kirche Nutzen und dem roten Gegner zum Trutz.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni.

* **Eine Konferenz der Vorstände der preußischen Landwirtschaftskammern** findet vom 23. bis zum 26. Juni in Wiesbaden statt.

* **Der Verband der Windthorstbunde Deutschlands** hält seinen Vertretertag in diesem Jahre vom 27.—29. Juni in Saarbrücken ab. Das Programm weist bedeutungsvolle Referate auf, in deren Mittelpunkt über die Stellung des Centrums zu den aktuellen Tagesfragen (Referent: Reichs- und Landtagsabgeordneter Oberlandesgerichtsrat Marx) steht. Die übrigen Verhandlungen gelten zum Teil dem inneren Ausbau der Bunde und zum größeren Teile den Beziehungen der Windthorstbunde und ihre Mitglieder nach außen. Das drückt sich aus in den Themata: „Stellung der Windthorstbunde zur Presse" (Referent: Chefredakteur Meyer-Karlsruhe.) „Die Mitarbeit der Akademiker in den Windthorstbunden" (Referent: Dr. Schrömbgens, Rechtsanwalt am Reichsgericht in Leipzig) — „Stellung der Windthorstbunde zu den Standesorganisationen" (Referent: Dr. Höfle, M.-Gladbach) — „Erfolge in der Heranziehung der Jugend zu den Windthorstbunden" (Referenten: Dr. Scharmitzel und Dr. Stadtler.)

Eine große öffentliche Versammlung, für die die Herren Generalleutnant z. D. Freiherr von Steinaecker und Universitätsprofessor Dr. Müller, Straßburg, Reden zugesagt haben, wird den Vertretertag beschließen. Die Tagung verspricht sich ihren Vorgängerinnen würdig anzureihen und die Teilnahme, zu der jeder Centrumsanhänger berechtigt ist, kann nur angelegentlichst empfohlen werden.

□ **Eine Haupt- und Staatsaktion** scheint die liberale Presse aus der Einstellung der Aufführung des Hauptmannschen Festspiels machen zu wollen. Dabei ist man sich offenbar noch nicht ganz klar, gegen wen man eigentlich seine Pfeile richten soll. Vom Kronprinzen erzählt man neuerdings, daß er schließlich nur auf höhere Weisung gehandelt habe. Gestern wurde die Sache bekanntlich umgekehrt dargestellt. Dafür nennt man jetzt den Kardinal Kopp und den Fürsten Pleß. Wie wenig sich übrigens Hauptmann selber als der berufene Mann für ein solches Festspiel gefühlt hat, zeigt die Tatsache, daß er nach der „Schles. Volksztg." nicht weniger als fünfmal die Abfassung des Stückes abgelehnt hat. Die freikonservative „Schles. Ztg." schreibt: „Man wird es als eine Erleichterung empfinden, daß das Spiel aus ist. Es mag dem Magistrat nicht leicht gefallen sein, diesen Beschluß zu fassen, aber sehr weite Kreise werden ihm Dank wissen, daß er eine Veranstaltung aufgegeben hat, von der sich herausgestellt hat, daß sie der sonst so glänzenden Ausstellung nicht zur Zierde gereichte, weil sie mit deren Art und Zweck in einem bedauerlichen Mißverhältnis stand. Aus den zahlreichen Zuschriften, die wir erhalten haben, sprach die lebhafte Empfindung des Unwillens über ein „Festspiel", das so wenig von dem großen Geiste der Befreiungskämpfe verspüren ließ, ja zum Teile fast wie eine bewußte Nichtachtung dieses Geistes und besonders der Rolle, die Schlesien in den Kämpfen von 1813 gespielt hat, wirkte. Wir werden uns nun mit um so größerem und reinerem Genusse der ganz ausgezeichneten Leistungen erfreuen, die sie uns in den mannigfaltigen Darbietungen der Jahrhundertausstellung geboten sind und die mit vollem Rechte sich allgemeiner Anerkennung erfreuen." Nahezu die gesamte Kunstkritik hat das Festspiel gleichfalls abgelehnt. An ernsthaften Beurteilungen des „Festspils" möchten wir nur die folgende wiedergeben, die in der Zeitschrift „Bühne und Welt" der Professor für Literatur an der Breslauer Universität Max Koch veröffentlicht: „Ein Festspiel muß vor allem begeistern. Selbst von denen, die auch diesmal vor dem Dramatiker Hauptmann ihre kritischen Purzelbäume wiederholen, wird kaum einer die Stirn haben, zu behaupten, es sei ein einziger Zuhörer durch die Dichtung begeistert worden. . . Man kann nicht kühler und ironischer einem Stoffe entgegenstehen, als der schlesische Dichter diesem, der Verherrlichung Deutschlands und Schlesiens bestimmten Stücke gegenüber getan hat. Fühlte er aber, daß die von dem Breslauer Magistrat mit amtlicher Erbweisheit in Kunstfragen ihm angetragene Aufgabe seiner Natur nicht zusage, so durfte ein gewissenhafter Schriftsteller sie eben nicht übernehmen. Und selbst, wenn der gegebene Stoff ihn nicht reizte, so durfte er als deutscher Dichter doch Sprache und Vers nicht in dieser Weise übel mitspielen. Solche Verse und Reime würde man in einem studentischen Bierulk nicht schön finden. In einem Festspiel für diese Gelegenheit angebracht, gibt es kein Wort der Sprache, das solches Verfahren genügend brandmarkte. Dünken diese Aeußerungen dem beliebten Modedramatiker gegenüber zu scharf, so braucht man nur das Buch zu durchblättern, und jeder Unparteiische und Urteilsfähige muß die Entrüstung über die der deutschen Dichtung angetane Schmach teilen." Nun können die Protesthandel aus dem ganzen Reiche kommen!

Die nuen Steuern.

* Berlin, 21. Juni. Nach den letzten Besprechungen wird die Heranziehung der Einkommen zum Wehrbeitrag schon von 5000 Mark an doch beibehalten werden, da die Heraufsetzung der Mindestgrenze gleich einen beträchtlichen Einnahmeausfall ergeben würde. Die Einkommen werden — direkt ohne „Multiplikation" — mit 1 bis 8 v. H. besteuert werden. Ein Skala, die den notwendigen Ertrag von 80 Millionen Mark erbringt, wird am Montag der Kommission vom Schatzsekretär vorgelegt. Die bevorstehende Reform der Wertzuwachssteuer auf Grundstücke wird in der Vermögenszuwachssteuervorlage gesetzlich festgelegt werden. — Der Schatzsekretär hat versprochen, im Herbst einen Gesetzentwurf über die Konzessionierung und Besteuerung der Buchmacher vorzulegen.

Eine Anordnung des Reichskanzlers für rechtsungültig erklärt.

* Berlin, 20. Juni. Wie für Essen, so hat auch für Gelsenkirchen der Reichskanzler gemäß § 60 des Zuwachssteuer-Gesetzes vom 14. Februar 1911 die Gemeinde-Wertzuwachssteuerordnung bis zum 1. April 1915 belassen. Auf deren Grund zog der Oberbürgermeister den Kaufmann E., nachdem er sein Grundstück veräußert hatte, zur Sterer heran. E. verlangt die Freistellung von der Steuer und ging nach fruchtlosem Einspruch mit der Klage vor. Der Bezirksausschuß zu Arnsberg wies sie ab. Auf die Revisions des Klägers hat sich der 7. Senat des Oberverwaltungsgerichts am 20. Juni 1913 dahin schlüssig gemacht: Nach § 60 des Reichsgesetzes von 1911 kann den Gemeinden auf ihren Antrag abgesehen von anderen Voraussetzungen, ihre Steuerordnung vorläufig belassen werden, wenn die Zuwachssteuer vor dem 1. April 1911 in Kraft getreten war. Dies trifft auf die jetzige Gelsenkirchener Steuerordnung nicht zu, wohl aber auf die frühere. Das Oberverwaltungsgericht hat allerdings sie für ungültig erklärt, es kommt jedoch nur darauf an, daß diese Steuerordnung, wie es der Fall, ordnungsgemäß zustande gekommen ist. Somit muß damit gerechnet werden, daß hier jener Bedingung genügt ist und es damit nicht an Voraussetzungen für die Anordnung des Reichskanzlers gefehlt hat. Sie schob die örtliche Wirkung eines Reichsgesetzes hinaus.

Bei einer Anordnung von solcher Bedeutung handelt es sich nicht um eine Verwaltungsvorschrift wie der von dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes in den Verhandlungstermin entsendete Kommissar ausgeführt hat, sondern um eine Rechtsverordnung in hervorragendem Sinne. Sie geht hier vom Reiche aus. Rechtsverordnungen des Reiches sind als in einfacheren Formen zustande gekommene Reichsgesetze anzusehen. Der Artikel 2 der Reichsverfassung bestimmt aber: „Die Reichsgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch deren Verkündigung von Reichswegen, die vermittels eines Reichsgesetzblattes geschieht." Die Anordnung des Reichskanzlers ist aber nicht veröffentlicht worden, sie ist demnach rechtsungültig. So ist unter Aufhebung der Vorentscheidung der Kläger von der ihm abverlangten Steuer freizustellen. Seine Heranziehung ist aber an sich nach dem Zuwachssteuergesetz zulässig. Ist die Belassung der Gemeinde-Wertzuwachssteuerordnung für Gelsenkirchen nicht rechtswirksam erfolgt, so ist dort mit dem 1. April 1911 das Reichsgesetz nach seinem § 72 in Kraft getreten.

In derselben Sitzung beschäftigte sich der Senat mit zehn weiteren Streitsachen, bei denen es sich an erster Stelle um die gleiche Rechtsfrage handelte.

Rußland.

* **Die deutschen Luftschiffer**, die vor einigen Tagen mit dem Posener Ballon „Wilms" bei Kalisch landeten und von den russischen Behörden zurückgehalten wurden, sind gestern abend freigelassen worden und haben die Heimreise angetreten.

Ein entsetzliches Verbrechen.

* Petersburg, 21. Juni. Im Gouvernement Poltawa auf dem Gut Papußinzy warb der Besitzer 80 Arbeiterinnen zu Feldarbeiten an. Ueber die unwillkommene weibliche Konkurrenz empört, zündeten nach dem Berliner Lokalanzeiger die Bauernburschen des Ortes die Scheune an, worin die Mädchen schliefen, nachdem sie alle Ausgänge verbarrikadiert hatten. Alle 80 Mädchen kamen in den Flammen um, die Anstifter der furchtbaren Tat wurden verhaftet.

England.

Neue Attentate der Wahlrechtsweiber.

* Southend on Sea, 21. Juni. Heute früh wurde ein Anschlag auf die St. Johanneskirche entdeckt. Ein großer Haufen Streichhölzer, über dem 30 Patronen ausgebreitet waren, wurde im Orgelraum gefunden. Ein Streichholz war angezündet, aber anscheinend durch Windzug ausgelöscht worden. Am Tatorte wurden Druckschriften für das Frauenstimmrecht aufgefunden. — St. Andrews (Schottland), 21. Juni. Der östliche Flügel des Laboratoriums der Universität ist durch Feuersbrunst zerstört worden. Nach sicheren Anzeichen ist der Brand ein Werk von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts.

Amerika.

* Lima, 20. Juni. Die Regierung hat auf zwei Jahre die Ausbeute der Guanolager verboten, um den Bestand der Vögel zu erhöhen.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht aus dem Reichstag.

167. Sitzung vom 21. Juni.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen.

Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Zweite Lesung der Wehrvorlage.

9. Tag.

Sächsischer General **Leuckart von Weißdorf**: Es ist unrichtig, daß, wie der Abg. Stadthagen behauptet haben soll, Prinz Georg seinerzeit ein Recht der Notwehr gegen Körperverletzungen durch Vorgesetzte verlangt hat. Ich muß das auf das entschiedenste bestreiten. Jener Erlaß ist durch vereinzelte ganz bestimmte Vorkommnisse veranlaßt worden in nur zwei Regimentern.

Abg. Dr. v. **Calker** (ntl.): Ich bedaure, daß der fortschrittliche Antrag, die gestellten Anträge an eine Kommission zu verweisen, zurückgezogen worden ist. Nur dort läßt sich diese Frage angemessen lösen. Ein Heer braucht Disziplin, sogar eine Miliz. Die Autorität von oben bleibt das entscheidende Moment. Eine Revision unseres Militärrechtes erscheint geboten. Teilweise sind die Strafminima zu hoch, andere Bestimmungen entsprechen den Bedürfnissen des Rechtes nicht. Aber diese Reform läßt sich nicht so nebenher mit der Wehrvorlage lösen. Es mag menschlich entschuldbar sein, daß ein Unteroffizier in einer momentanen Aufwallung sich an einem Untergebenen vergreift. Aber auf der anderen Seite ist die gewohnheitsmäßige Mißhandlung eines Untergebenen ein Vergehen, das von Rechts wegen mit Zuchthaus bestraft werden sollte. Es würde sich vielleicht empfehlen, im Anschluß an das Militärgericht eine militärische Rechtsakademie zu errichten. Die Militärverwaltung sollte doch der Reform des Militärstrafgesetzbuches ihre ernste Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. v. **Brockhausen** (kons.): Die sozialdemokratischen Anträge sollen nur die Herrschaft des Parlaments über das Heer begründen und seine historische Entwicklung von Grund aus ändern. Deshalb soll auch die Disziplin untergraben werden. Das würde ein Versuch mit untauglichen Mitteln bleiben. Reden, wie gestern die Stadthagens, tun es nicht. Sie war eine Mißhandlung des ganzen Hauses. Und er spricht in diesem Tone von Soldatenmißhandlungen. Wir auf der Rechten wollen ein zum Kampf und Sieg stets bereites Heer. Schon aus diesem Grunde sind wir gegen die Mißhandlungen und werden sie stets bekämpfen. Unsere Ehrengerichtsordnung mag einige Fehler haben, aber auf ihr beruht doch mit der Geist unseres Offizierkorps. Wir lehnen auch die Resolution der Kommission ab.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.): Die Materie des Militärrechts sollte einmal gründlich behandelt werden. Der Stoff ist sehr unübersichtlich. Die sozialdemokratischen Anträge sind natürlich unannehmbar. (Zuruf der Soz.: Für Sie!) Nein, für jeden verständigen Menschen! Wir treten für die Resolution der Kommission ein, die das materielle und formelle Recht reformieren will. Insbesondere fordern wir, daß die Ehrengerichte wieder das werden, was sie waren: Gerichte. Die beste Grundlage für die Disziplin und Schlagfertigkeit des Heeres bleiben Gesetz und Recht. Deshalb bitte ich Sie, die Resolutionen der Budgetkommission anzunehmen. (Beifall bei der Vp.)

Abg. **Kunert** (Soz.): Abg. v. Brockhausen übersieht, daß er selbst ein Rebell ist, allerdings kein Sozialrebell, sondern ein Kanalrebell. Die Zulassung des Notwehrrechtes im Heere ist trotz der Auslassungen der Vorredner unbedingt notwendig. Zum mindesten hat man die bedingte Notwehr zu gestatten, und nur die erstrebt unser Antrag. Zug um Zug, Beleidigung um Beleidigung, Körperverletzung um Körperverletzung — das ist

allgemeines Menschenrecht.

In Wahrheit treten ja auch schon viele bürgerliche Schriftsteller für das Notwehrrecht ein. Was wir verlangen, ist ein Elementarrecht, ohne das Menschenwürde undenkbar ist. Bieten Sie zugleich ein besseres Beschwerderecht, so beseitigen Sie den Kadavergehorsam und wirken den Mißhandlungen entgegen. Das geltende Recht ist jedenfalls ein schandbares Unrecht. (Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.)

Oberst **Langermann von Erlenkamp**: Bisher sind die Soldatenmißhandlungen stets streng bestraft worden, und so sind sie in den letzten Jahren auch erheblich zurückgegangen. Alle vorgesetzten Stellen sind eben den Mißhandlungen stets mit voller Energie zu Leibe gegangen. (Widerspruch bei den Soz.) Ein Wort zum Beschwerderecht. Man meint immer, jede Beschwerde, die als unbegründet zurückgewiesen werde, habe Bestrafung zur Folge; das trifft nicht zu. Die sozialdemokratischen Anträge sind so einschneidender Natur, daß sie hier nicht ohne weiteres beantwortet werden können. Wenn es aber bisher nicht klar gewesen wäre, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie das Fundament der Armee untergraben wollen, so würden es diese Anträge zeigen. Soll es aber gestattet sein, Körperverletzungen und Beleidigungen durch die gleiche Straftat zu erwidern, so steht dies im Widerspruch mit jeder staatlichen Rechtsordnung. (Unruhe und Widerspruch der Soz., Beifall rechts.)

Abg. **Peus** (Soz.): Was war an der Rede des Abg. Stadthagen maßlos, was übertrieben? (Lachen.) Sind nicht wahre Scheußlichkeiten vorgekommen? Es gibt bis zur Stunde noch Offiziere und Unteroffiziere, die sich solcher Mißhandlungen schuldig machen. (Sehr richtig!) Und wenn jemand das Verdienst hat, Hunderttausende von Soldaten vor diesen Unerhörten Infamien und Mißhandlungen bewahrt zu haben, so ist es das Verdienst unseres Genossen Bebel. (Beifall der Soz.) Die Kasernenplätze werden heutzutage abgesperrt, damit, wenn was vorkommt, es nicht gesehen wird. So flüchtet man vor der Oeffentlichkeit. Das ist schandbar. Ich habe Unteroffiziere kennen gelernt, das waren Bestien von Niederträchtigkeit. (Hört, hört!) Die Disziplin ist nichts anderes als die strenge Befolgung des Gesetzes. Sie gilt daher auch für den Vorgesetzten. Man muß Gesetze machen gegen die infamen Charaktere. Unsere Macht macht sich bereits geltend. Die liberalen Parteien müssen schon weitgehende Forderungen stellen, sonst werden sie von uns weggeschwemmt. Wir wollen den Soldaten helfen. Auch beim Kaiserjubiläum hat man ja ausdrücklich die Soldatenmißhandlungen von der Amnestie ausnehmen müssen.

Kriegsminister v. **Heeringen**. Herr Peus hat in wenig schöner Weise das Kaiserjubiläum herangezogen, das unter so warmer Anteilnahme des ganzen deutschen Volkes gefeiert worden ist, so daß das deutsche Volk es merkwürdig empfinden muß, wenn für den Dank des Kaisers in dieser Weise quittiert wird. Ich weise das zurück. Herr Peus braucht unseren Soldaten nicht zu helfen; das tun die Vorgesetzten schon ganz allein. (Lachen der Soz.) Wohlwollende, strenge, aber gerechte Behandlung, das ist der rechte Weg. Der Offizier, der sich eines Vergehens schuldig macht, erhält nicht nur die gesetzliche Strafe, sondern hat auch die Konsequenzen für seine Karriere zu erwarten. (Zuruf der Soz.: Stubenarrest!) Ein Unteroffizier, der sich am Ende seiner zwölfjährigen Dienstzeit zu Mißhandlungen hinreißen läßt, riskiert, daß er mit Weib und Kind auf die Straße geworfen wird. Herr Peus will einen Unterschied zwischen Vorgesetzten und Untergebenen im Strafgesetzbuch nicht gelten lassen. Ohne den Unterschied würde man aber die Disziplin nicht aufrechterhalten können; das ist bei allen Armeen so. Der Vorgesetzte, der mißhandelt, vergeht sich schwer und wird bestraft, er greift aber nur in die Sphäre des einzelnen Mannes ein. Der Untergebene aber vergeht sich nicht nur gegen den einzelnen Vorgesetzten, sondern gegen den ganzen Stand; das ist der Unterschied. (Gelächter der Soz.) Die Mißhandlungen haben abgenommen. Von 24 000 Offizieren sind nur 24 bestraft. (Zuruf der Soz.: Die anderen hat man nicht gefaßt!) Mir wäre es lieber, es brauchte überhaupt keiner bestraft werden. Aber Offiziere und Unteroffiziere sind eben keine Engel, sondern energische, temperamentvolle Persönlichkeiten, die sich auch einmal hinreißen lassen. Ich verurteile am meisten

solche gemeinen Schindereien,

wie jeder, der ein Herz für die Armee hat. Herr Peus sagte, wir flüchten uns bei den Exerzierübungen vor der Oeffentlichkeit. In Mainz hätten wir uns gern geflüchtet, weil da das Publikum uns in die Disziplin hineinredete und den Mannschaften zurief: Werft doch dem Kerl das Gewehr an den Kopf! (Hört, hört! rechts.) Bauschen Sie die Dinge nicht immer so auf, und lassen Sie diese Verunglimpfungen der Armee. Unser deutsches Volk weiß, was es an seinem Heere hat. Diesen Glauben werden Sie ihm nicht nehmen. (Beifall rechts, Gelächter der Soz.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Gründe hat man gegen unsere Anträge nicht vorgebracht, nur Scheingründe. (Die Rechte und das Centrum haben den Saal verlassen.)

Sächsischer General **Leuckart von Weißdorf**: Für das Recht der Notwehr kann man sich nicht auf den Erlaß des Prinzen Georg berufen. Es ist Tatsache, daß die Zahl der Mißhandlungen alljährlich abgenommen hat.

Die Aussprache schließt. Die Abstimmung soll wegen des schlecht besetzten Hauses am Dienstag erfolgen.

Abg. **Ledebour** (Soz.) [illegible] und beantragt Vertagung.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt, da auch nur wenig Sozialdemokraten anwesend sind.

Beim Artikel 3 wendet sich

Abg. **Liebing** (Vp.) dagegen, [illegible] der Wehrvorlage eine Aenderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes verbunden wird. Er bedauert die Streichung dieser Bestimmungen. Ferner bemängelt er die Verzinsung der Dienstprämie für Kapitulanten, die vom 12. bis 18. Jahre dienen.

Der zweite Antrag wird zurückgezogen, über den ersten wird am Dienstag abgestimmt werden.

Körperliche Jugendpflege.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) beantragt einen neuen Artikel 3a, wonach die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter Turnunterricht erhalten soll. Die Deutsche Turnerschaft muß mehr unterstützt werden. Die Budgetkommission beantragt Resolutionen, wonach die Wehrhaftigkeit der Jugend durch eine bessere körperliche Ausbildung gehoben werden soll. Alle Verbände, die sich der körperlichen Erziehung der Jugend widmen, sollen in dem Bestreben unterstützt werden, die schulentlassene Jugend für den Militärdienst vorzubereiten.

Kriegsminister v. **Heeringen**: Das militärische Turnen hat einen sehr großen Aufschwung genommen. Wir fördern Spiel und Sport. Das Zwölfturnen soll mit dem Militärturnen zusammengehen. Den Resolutionen der Budgetkommission stimme ich gern zu. Auch mit der Absicht des fortschrittlichen Antrages bin ich einverstanden; aber diese Sache gehört doch nicht zur Wehrvorlage. Das heißt Würste machen, aber keine Gesetze.

Abg. **Mumm** (wirtsch. Vgg.) beantragt, nur Verbände zu unterstützen, die auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsordnung stehen.

Abg. **Heine** (Soz.) beantragt, alle Vorschriften aufzuheben, durch die die Erteilung des Turnunterrichts von der politischen oder religiösen Gesinnung des Lehrers oder des Schülers abhängig gemacht wird. Auch die Beschränkung der Gemeinden bei der Vergebung der Turnhallen soll aufgehoben werden. Wenn die preußische Behörde die Gemeinden anhält, ihre Turnanstalten Arbeitervereinen aus politischen Gründen zu versagen, so ist das ein Einbruch in das Reichsrecht. In Preußen heißt Fürsorge für eine Sache, daß man ihr soviel Knüppel wie nur möglich zwischen die Beine wirft. Eine in der ganzen zivilisierten Welt unerhörte Einrichtung ist die Befugnis der Schulaufsichtsbehörde, administrative Einsperrungen und Geldstrafen bis zu 2000 Mark ganz nach Willkür zu verhängen. Die Arbeiterturnvereine sind nicht politisch. Dagegen ist es der Jungdeutschlandbund; allerdings ist er ein Werkzeug des Kriegsministers. Damit soll die Jugend eingefangen werden für den Militarismus und die Devotion gegen den Monarchen. Gegen diese Auseinanderreißung der Jugend in politische Lager protestieren wir. Unser Antrag wird doch einmal Wirklichkeit werden: Mit oder ohne Mumm. (Heiterkeit.)

Abg. **Mumm** (wirtsch. Vgg.): Die Sozialdemokratie muß anders betrachtet werden. Sie ist nicht eine Partei wie jede andere, sondern eine Weltanschauung, ja nach Maurenbrecher: eine Religion. Die Grenze gegen die Sozialdemokratie muß scharf gezogen werden. Die Arbeiterturnvereine sind durchaus politisch. Wie kann sich der sozialdemokratische Turnverein „Fichte" nach Fichte bennen? Der Redner verliest ein Lied aus dem Liederbuche dieses Vereins, in dem von einer roten Fahne die Rede ist. (Abg. Ledebour (Soz.): Leiern Sie nicht so beim Vorlesen! — Heiterkeit.)

Die Aussprache wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich.

Dienstag 3 Uhr: Kurze Anfrage, Weiterberatung, Wahlprüfungen.

Schluß 5½ Uhr.

Kirchliches.

:: Knechtsteden, 21. Juni. Bischof E. Allgeyer von Zanzibar, der wegen erschütterter Gesundheit nach Europa zurückkehren mußte und augenblicklich sich in Behandlung des Kölner Arztes Dr. Bermbach befindet, hielt heute morgen in unserer Abteikirche ein feierliches Pontifikalamt. Am Nachmittag fand sodann in einer rührenden Feier die Einkleidung von 25 Missionsschülern, 8 Brüdern statt; 9 Brüder legten die zeitlichen, 3 Brüder die ewigen Gelübde ab. Ergreifend war es, wie ein kranker Bruder sich mühsam auf seinen Stock stützend an den Altar schleppte, dort die ewigen Gelübde abzulegen. Möge die Schar der apostolischen Arbeiter für die ausgedehnten Vikariate in Deutsch-Ostafrika und Neukamerun, die der Genossenschaft vom hl. Geist anvertraut sind, immer mehr wachsen. — Am 13. Juli, nachmittags, gedenkt das Missionshaus in Verbindung mit der Abschiedsfeier von scheidenden Missionaren das Kaiserjubiläum festlich zu begehen. Es werden auf einer Freilichtbühne Szenen aus dem afrikanischen Missionsleben zur Zeit des Araberaufstandes 1889 aufgeführt werden. Sollte Regenwetter die Aufführung verhindern, so findet sie am Sonntag, 20. Juli statt. Zum Festspiel, für welches ein Textbuch vorliegen wird, haben auch Damen Zutritt. Das Nähere wird noch veröffentlicht werden.

Gerichtliches.

§ Neuß, 21. Juni. (Schöffengerichtssitzung.) Der Eisverkäufer Aug. S. von hier hat an Schulpflichtige Kinder Eis verkauft. Die Polizeistrafe von 2 Mk. wurde bestätigt. — Der Dreher Wilh. K. von hier soll auf der Krefelderstraße die Mülleimer umgeworfen und dem Polizeibeamten einen falschen Namen angegeben haben. Die Sache wurde vertagt. — Der Fuhrmann Pet. Fr. von hier hat mit seinem Fuhrwerk am Bahnhof einen Zusammenstoß mit der Elektrischen gehabt, wobei der Motorwagen am Vorderperron beschädigt wurde. Wegen fahrlässiger Transportgefährdung erhielt Fr. 10 Mk. Geldbuße. — Unter Anklage wegen Mißhandlung bezw. Beleidigung standen Wwe. Peter Sch., Tagel. Wilh. Sch., Fabrikarb. Michael K., sämtlich von hier. Schr. ist in das Haus der Wwe. Pet. Sch. in der Rheinstraße gegangen und hat diese beschimpft, es ist darauf eine Schlägerei entstanden. Wwe. Sch. erhielt 5 Mk. Geldstrafe. Schr. 10 Mk. wegen Mißhandlung, Ka. wurde freigesprochen. Die Beleidigungsklage wurde zurückgenommen. — Der Schlosser Heinr. M. von hier hat einem Kollegen auf der Arbeitsstelle ein Paar Stiefel gestohlen. Strafe 2 Tage Gefängnis. — Der Fuhrmann Martin H. von hier hat auf der Venloerstraße eine Schlägerei verursacht. Er erhielt wegen Mißhandlung 1 Monat Gefängnis. — Der Kutscher Wilh. B. von hier hat sich von dem Verkäufer in einem Milchausschank Getränke und Zigarren in Höhe von 4 Mk. geben lassen und nicht bezahlt. Er erhielt wegen Betrug 5 Mk. Geldstrafe ev. 1 Tag Gefängnis. — Der Reisende Wilh. St. aus Geilenkirchen hat von einem Wirt aus Büderich einen Geldbetrag von 80 Mk. für seine Firma erhalten. Das Geld aber unterschlagen. Schr. erhielt 30 Mk. Geldbuße ev. 6 Tage Gefängnis. — Der Ackerer Pet. Gr. aus Schlicherum soll seinem Nachbar im April cr. einen Haufen Bohnenstangen in Brand gesteckt haben. Das Gericht hielt den Beweis nicht für ausreichend erbracht, und sprach den Gr. frei. — Der Fabrikarb. Heinr. H. von hier hat in der Fabrik, wo er beschäftigt war, Abfallmetall in der Form von Zehnpfennigstücken entwendet. Es wurden mit diesen Stücken in der Stadt Automaten geplündert und so stellte die Polizei in der Fabrik den Täter fest. Wegen der Geringfügigkeit des Wertes erfolgte Freisprechung. — Der Bäcker Joh. L. aus Glehn hat daselbst vor einer Beerdigung Korn auf den Weg gestreut. Sein Vater hatte mit der verstorbenen Frau einen Prozeß, in dem es sich um Korn handelte, verloren und wurde ein Racheakt angenommen. Wegen Beleidigung und groben Unfug erhielt L. 6 Wochen Gefängnis. — Der Fabrikarbeiter Arnold R. aus Straberg hat in dem Ort gesungen und ist der Aufforderung des Polizeibeamten, ruhig zu sein, nicht nachgekommen, sondern hat versucht, den Beamten zu schlagen und ihm den Säbel festzuhalten. R. kam mit 15 Mk. Geldbuße ev. 3 Tage Gefängnis davon. — Der Fuhrmann Hub. Sch. von hier ist auf der Niederstraße mit seinem Fuhrwerk der elektr. Bahn nicht ausgewichen. Einen Polizeibeamten hat er beleidigt und Widerstand geleistet. Er erhielt wegen Uebertretung 5 Mk., wegen Beleidigung 10 Mk., wegen Widerstand 15 Mk., ev. für je 5 Mk. einen Tag Gefängnis.

Stadt-Nachrichten.

* Neuß, 23. Juni.

Kath. Gesellenverein. Bei Gelegenheit des großen Jubelfestes beabsichtigt der kathol. Gesellenverein auch seine Jubilare besonders zu ehren. Er ist in der seltenen Lage, noch einen seiner Gründer als treues Ehrenmitglied zu besitzen, außerdem drei, welche über 50 Jahre dem Verein angehören. Es sollen in diesem Jahre aber auch diejenigen Ehrenmitglieder gefeiert werden, welche bereits 25 Jahre oder länger im Gesellenverein sind. Alle, welche also auf diese Ehrung ein Anrecht zu haben glauben, werden gebeten, sich schriftlich beim Präses des kath. Gesellenverein bis spätestens Mittwoch abend zu melden.

§ **Jugendverein Fortitudo.** Gestern feierte der Jugendverein Fortitudo sein 8. Stiftungsfest verbunden mit der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms. Nachdem der Präses des Vereins, Herr Kaplan Fremy alle Erschienenen herzlich begrüßt, konnte er die erfreuliche Mitteilung machen, daß 40 Mitglieder neu aufgenommen worden waren. Herr Kaplan Winners aus Düsseldorf hatte die Festrede übernommen. Er beleuchtete in packender Weise die Tätigkeit Seiner Majestät als Arbeits- und Friedenskaiser. In das ausgebrachte Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein. Eine Sammlung für den Nationalfonds für die Missionen ergab 40 Mark. Die Veranstaltungen der Mitglieder fanden reichen Beifall. Während der Vorführungen traf ein Telegramm vom Ehrenpräses des Vereins, Herrn Kaplan Jörissen ein, der leider verhindert war, zu kommen. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die Leistungen der Theater- und Turnabteilung. So waren die Barrenübungen der Turner einfach mustergültig.

○ **Das Ergebnis der Einkommensteuer-Veranlagung** für 1913 liegt nun endgültig für den Stadt- und Landkreis vor und gibt von den wirtschaftlichen Lage in Stadt und Land ein erfreuliches Bild. Im Stadtkreis Neuß beträgt das Einkommensteuersoll 444,840 Mk., rund 77 000 Mk. oder fast 21 Prozent mehr als im Vorjahre; im Landkreis 141 445 Mk., rund 18 400 Mk. mehr als im Vorjahre (14,6 Prozent). An dem Mehr sind im Stadtkreise die nichtphysischen Personen mit 18 400 Mk. beteiligt, im übrigen verteilt sich die Zunahme fast auf alle Erwerbszweige. Die Zahl der veranlagten Steuerzahler ist im Stadtkreise von 9553 im Vorjahre auf 9803, und im Landkreise von 5635 auf 6261 in bemerkenswerter Weise gestiegen. Im Stadtkreise ist die Zahl der Einkommen von 900—3000 Mk. um 222, die Einkommen von 3000—6500 um 14, die Einkommen von 6500—9500 um 2, und die Einkommen von mehr als 9500 um 12gestiegen.

Im Landkreise Neuß nahm die Zahl der veranlagten Einkommen von 900—3000 Mk. um 592, der Einkommen von 3000—6500 Mk. um 18, der Einkommen von 6500—9500 um 10, der Einkommen von mehr als 9500 Mk. um 6 zu. Die Zahl der Veranlagten stieg also im letzten Jahre im Stadtkreise um 250, im Landkreise um 626. Nichtphysische Personen waren im Stadtkreise Neuß 28 (26 im Vorjahre) mit einem Steuersoll von 66 294 Mk. veranlagt, im Landkreise Neuß 4 (2 im Vorjahre), mit einem Steuersoll von 990 Mk. Die Zahl der Steuererklärungen stieg im Stadtkreise Neuß von 1300 auf 1333, im Landkreise von 218 auf 449.

Aus dem Landkreise Neuss.

:: Kaarst, 22. Juni. Die Feier des Kreiskriegerverbandsfestes in Kaarst. Die Witterung am Freitag und Samstag ließ nicht erwarten, daß der Himmel am Festtage ein anderes Antlitz zeigen werde. Ein schöner Sommertag schien dem Feste beschieden. Doch zur Zeit der Parade-Aufstellung zeigte sich ganz plötzlich im Norden ein dunkles Gewölk, das rasch näher kam und immer größere Formen annahm.

Als die Offiziere und Ehrengäste sich anschickten, die Parade abzunehmen, goß es in Strömen. Der Zug löste sich auf und alles strebte der Festhalle zu, wo man triefend von Wasser ankam. „Schade", hörte man allenthalben. 34 Vereine mit nahezu 900 Kameraden hatten sich zur Teilnahme an dem Feste eingefunden. Mit dem Festzuge, der so wirkungsvoll in die Erscheinung getreten wäre, war es aus. Nachdem man sich mit der unerquicklichen Lage abgefunden, wurde die Feier in der Festhalle fortgeführt. Die Pionierkapelle spielte „Lortzings Fest-Ouverture". Darauf erhob sich Herr Ehrenbürgermeister a. D. Hauptmann d. L. Hoffmann zur Begrüßungsansprache. Er dankte den Kameraden für das überaus zahlreiche Erscheinen, woraus er schließen dürfe, daß die Bestrebungen der Krieger-Vereine einen guten Boden gefunden hätten. Er begrüßte dann die Vertreter der einzelnen Behörden, zunächst die Herren Landrat Dr. v. Brandt und Bezirkskommandeur Suur als die Vertreter der Staatsbehörden, durch die die Kriegervereinssache eine so segensreiche Unterstützung erfahre. Seine weitere Begrüßung galt Herrn Bürgermeister Bergerfurth und Herrn Pfarrverwalter Ortmanns. Dabei betonte er die patriotische Gesinnung der Kaarster Bevölkerung und wies darauf hin, daß hier noch nicht die Partei ihren Einzug habe halten können, die da bestrebt sei, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung umzustoßen. Endlich begrüßte er das Offizierkorps und die sonstigen Gäste. Er bedauerte, daß die Witterung das Gelingen der Veranstaltung so beeinträchtigt habe, dessen ungeachtet möge man sich aber bei dem Kaarster Verein wohl fühlen, der bestrebt gewesen sei, das Fest zu einem glänzenden zu gestalten. Er gedachte auch der Gemeinde Kaarst mit ihrer Bevölkerung, die ein so reges Interesse an der Veranstaltung genommen habe. Sein Hoch galt dem Kaarster Verein und der Gemeinde. Nach einem Musikstück brachte Frl. Wierichs-Kaarst ihren Prolog recht wirkungsvoll zum Vortrag. Darauf hielt Herr Bezirkskommandeur Major Suur die Festrede. Er führte aus, daß er sich freue, daß so viele Kameraden herbeigeeilt seien, teilzunehmen an dem 25jährigen Regierungsjubiläum unseres Kaisers. Die Verdienste Sr. Majestät seien ja allen aus den Tageszeitungen und den allerorts gehaltenen Vorträgen bekannt. Als eine kraftvolle Erscheinung, weit ausschauend, seiner Zeit vorauseilend, stehe die Person unseres Kaisers vor uns. Er streifte dann mit kurzen Worten den Zweck für die Schaffung und Erhaltung eines schlagfertigen Heeres und einer starken Flotte durch den Kaiser. Das deutsche Volk erkenne heute seine Verdienste an, es stehe daher geschlossen hinter ihm, zumal es wisse, daß die geschaffenen Werkzeuge nie ohne Not gebraucht würden.

Wenn das aber einmal geschähe, die Krieger wüßten es am besten, dann geschähe es im Geiste von 1813 und 1870. Dankbar müßten wir heute aufblicken zum Kaiser. Er schloß seine Worte mit einem Lebe Hoch auf den Kaiser, in das die Festteilnehmer begeistert einstimmten. Im Anschluß daran wurde die Nationalhymne gesungen. Nach einigen Musikvorträgen und gemeinschaftlichen Liedern feierte Herr Gutsbesitzer Carl Wierichs von hier die Damen. Herr Wierichs, der über ein ausgezeichnetes Organ verfügt, erntete mit seinen humorvollen, teils aber auch ernsten Worten den allgemeinen Beifall der Zuhörer. Sein Hoch galt der Kaiserin, worauf ein gemeinschaftliches Lied auf die Frauen folgte. Schließlich machte Herr Ehrenbürgermeister a. D. Hauptm. d. L. Hoffmann Mitteilung von dem Inhalt der Kabinettsordre betr. die Uebernahme des Protektorats über den Kyffhäuserbund. Er verlas einen Erlaß des Civilkabinetts über die Annahme der Sammlung und der infolgedessen erfolgten Gründung des Fonds von 700 000 M., dessen Erträgnisse bedürftigen Kriegern und Kriegerwaisen zugeführt werden soll. Diese ehrende Vorgänge sollten die Kriegervereine veranlassen, mehr noch wie bisher ihr Interesse den ihnen gestellten Aufgaben zuzuwenden, jetzt auch wieder mit mehr Nachdruck die Reservisten-Gewinnung und Rekrutenfürsorge zu betreiben.

§ Hackenbroich, 21. Juni. Zur Besetzung der hier seit 1. Juni infolge Versetzung der Lehrerin Frl. Chr. Decker nach Wiesdorf vakanten Lehrerinstelle fand gestern in der Sitzung des Schulvorstandes die Aufstellung der Vorschlagsliste statt. Um die Stelle haben sich über 60 Lehrerinnen beworben. Bisher wurde sie durch eine von der Kgl. Regierung ernannte Vertreterin ver-

waltet. Die Schülerzahl ist hier in letzter Zeit sehr zurückgegangen und bereits unter 100 gesunken, also gegen früher um mehr als 50. Der Rückgang ist auf den Umstand zurückzuführen, daß viele Ortsbewohner auswärts in Fabriken, besonders in Neuß und Köln, beschäftigt sind und sich infolgedessen, sobald als möglich, an dem Beschäftigungsort einmieten. Eine solche Landflucht macht sich übrigens auch in den Nachbarorten, wenn auch nicht in so erheblichem Maße, bemerkbar. Eine Zunahme der Ortsbevölkerung ist erst dann wieder zu erwarten, wenn die geplanten industriellen Anlagen am Rheinufer entlang zwischen Worringen und Dormagen errichtet werden.

Rheinland-Westfalen.

* Düsseldorf, 21. Juni. Ein angeblicher Herrenreiter oder Rittergutsbesitzer W. Waetking von dem Rittergut Esbeck bei Traden an der Leine beauftragte vorgestern abend einen Chauffeur, ihn von einer Bar in der Elberfelderstraße zu einer andern in der Kasernenstraße zu fahren. Ehe er in die Bar auf der Kasernenstraße ging, pumpte er sich von dem Chauffeur 14 Mark mit dem Versprechen, er werde ihm das Geld bei der Rückkehr ins Hotel zurückgeben. Als die beiden später vor dem Parkhotel ankamen, wartete dort bereits ein anderer Chauffeur, der dem angeblichen Rittergutsbesitzer 154 Mark geliehen hatte. Durch das sichere Auftreten des Mannes in Sicherheit gewiegt, ließen sich die beiden Chauffeure auf später vertrösten. Am folgenden Tag war der Kavalier verschwunden. Auch Kellner soll er angepumpt haben. Es handelt sich anscheinend um einen raffinierten Hochstapler.

* Heinsberg, 20. Juni. Ein schweres Unwetter entlud sich vorgestern abend in dem Bezirke der preußisch-holländischen Grenze von Aachen abwärts. In Heinsberg wurde eine Frau vom Blitze getroffen und getötet. In Wegberg wurde ein Arbeiter von einem Blitzstrahl gelähmt. In Gangelt zündete der Blitz beim Einschlagen in eine Scheune, die mit den angrenzenden Stallungen niederbrannte. In den Flammen kamen ein Fohlen und fünf Schweine um. In Kaldenkirchen gingen große Regenmengen nieder, die den Ort zum Teil überschwemmten.

* Nieder leis bei Siegburg, 21. Juni. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr drangen drei Einbrecher im Alter von 20 bis 25 Jahren in die ca. 50 Meter vom Dorfe gelegene Wohnung des Pfarrers ein. Sie hatten ihre Köpfe mit weißen Tüchern verhüllt. Der ungefähr 60 Jahre alte Pfarrer bewohnt mit seiner Schwester, die im gleichen Alter steht, die Wohnung allein. Die Einbrecher haben die Tür des Hauses gewaltsam erbrochen, gingen dann in das Zimmer der Schwester des Pfarrers und bewogen sie unter vorgehaltenen Revolvern, sich anzuziehen und sie in das Zimmen des Pfarrers zu geleiten. Trotz aller Bitten mußte die alte Dame sich fügen und die Diebe in das Zimmer ihres Bruders führen. Als der Pfarrer erwachte, standen die Einbrecher mit den Revolvern vor seinem Bett und zwangen ihn unter Drohungen, sie in der Wohnung herumzuführen und ihnen alles Wertvolle herauszugeben. Dem Pfarrer blieb nichts anderes übrig, den Wünschen der Verbrecher zu willfahren. Die drei Männer erbeuteten 1000 Mk. in bar, für ungefähr 1000 Mk. Schmucksachen, Broschen, Ringe u. s. w., ferner verschiedene kirchliche Geräte, ein goldenes Kreuz und ein goldenes Gefäß mit Oel. Die Diebe haben sich fast drei Stunden in der Wohnung des Pfarrers aufgehalten, und suchten dann durch den Garten das Weite. Der wachsame Hund des Pfarrer bellte, als er die Leute bemerkte, worauf diese mehrere Schüsse abgaben, die aber fehlgingen. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Bisher fehlt jede Spur von ihnen. Man nimmt an, daß sie identisch sind mit den Leuten, die vor einigen Tagen den Einbruch in Neukirchen in der Spar- und Darlehnskasse verübt hatten.

* Linz a. Rh., 22. Juni. In Verbindung mit der Feier des Regierungsjubiläums wurde heute auf dem Kaiserberg ein neues Kreuz an Stelle des vor zwei Jahren durch den Blitz zerstörten Erinnerungskreuzes an die Freiheitskriege eingeweiht unter Anwesenheit des Landrats v. Elbe und einer Anzahl Reserveoffiziere. Oberstleutnant Loerbroks von Neuwied hielt eine packende Kaiserrede. Die Stadt ist beflaggt.

Stadt-Nachrichten.

* Neuß, 23. Juni.

* **Ausführung von Vorarbeiten.** Der Bezirks-Ausschuß macht bekannt: Gemäß § 5 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 wird hierdurch angeordnet, daß jeder Besitzer auf seinem Grund und Boden Handlungen geschehen zu lassen hat, die zur Vorbereitung der Enteignung von Grundeigentum für den Bau des 3. und 4. Gleises der Bahnstrecke Cöln—Neuß in der Gemarkung Dormagen erforderlich sind. Zum Betreten von Gebäuden und eingefriedigten Hof- oder Gartenräumen bedarf der Unternehmer, insoweit dazu der Grundbesitzer seine Einwilligung nicht ausdrüplich erteilt, in jedem einzelnen Falle einer besonderen Erlaubnis der Ortspolizeibehörde. Eine Zerstörung von Baulichkeiten jeder Art, sowie ein Fällen von Bäumen ist nur mit besonderer Gestattung des Bezirksausschusses zulässig.

§ **Ein folgenschweres Automobilunglück.** Trotz aller Unfälle nimmt die Automobilraserei über die Landstraßen eher zu als ab. Auf der Jülicherlandstraße in der Nähe von Trockenpütz wollte gestern Abend ein in schnellster Fahrt befindliches Automobil einem Selterswasserwagen ausweichen, geriet aber gegen einen Baum und zerschellte. Von den fünf Insassen des Automobils wurden drei so schwer verletzt, daß sie nach Neuß ins Herz-Jesu-Kloster gebracht wurden. Ein mit seinem Automobil vorbeikommender Arzt aus Grevenbroich fuhr sie nach Neuß. Ein Herr hat lebensgefährliche Verletzungen erlitten, u. a. eine schwere Gehirnerschütterung, zwei Damen sind leichter verletzt. Bei ihnen handelt es sich um Knochenbrüche und Quetschungen. Das Automobil und die Insassen stammten aus Belgien.

✝ **Tödlicher Unfall.** Eine 70 Jahre alte Frau Br., welche in der Neustraße für sich allein wohnte, kam gestern einem Spirituskocher zu nahe. Der brennende Spiritus ergoß sich über die Kleider der alten Frau, welche schwere Brandwunden erlitt, denen sie kurze Zeit darauf erlegen ist.

‖ **Wegen Verdachts** eines Sittlichkeitsverbrechens wurde ein Fabrikmeister verhaftet.

□ **Pferdediebe.** Am 21. cr., nachmittags, wurden hier zwei berüchtigte Pferdediebe festgenommen. Im Besitze der Beiden befand sich ein Luxusfuhrwerk (viersitziges Break mit Apfelschimmel bespannt). Ueber den Erwerb können oder wollen die Diebe keine Angaben machen, sie wollen das Fuhrwerk voe einem unbekanten Manne gekauft haben. Es handelt sich um ein viersitziges Break mit Bremse, frisch dunkelblau lackiert, gelb abgesetzt (gelbe Streifen), gut erhalten, am Wagenkasten eine Vorrichtung, um ein Verdeck anzubringen, lose Sitze, graugelb ausgeschlagen, Rückpolster an den Lehnen befestigt; dieselben sind hinten mit braunem Wachstuch versehen Die Achskapseln tragen die Bezeichnung „Friedrich Kötter, Düsseldorf". Das Pferd ist ein starker Doppelpony, Apfelschimmel mit grauen Flecken, etwa 9—10 Jahre alt, hinten stark verbraucht. Außerdem befand sich auf dem Wagen noch ein loses Kumet, 2 gelbe braungestreifte wollene Pferdedecken, 1 lange Stalleine, 2 Bindestricke, 1 Wurzelbürste (Pferdekartätsche) und 1 neue Kneifzange. Die rechtmäßigen Eigentümer können ihre Ansprüche bei der Polizeiverwaltung Neuß geltend machen.

)(**Der Kuhdieb,** welcher vor kurzem aus einer Weide bei Grimlinghausen zwei Kühe gestohlen hat, ist in Aachen ermittelt worden. Eine Kuh wurde noch lebend vorgefunden, die zweite war bereits geschlachtet. Der Verhaftete ist ein Genosse der hier am Samstag verhafteten Pferdediebe. Die Kühe waren von den gefährlichen Burschen im Viehtransportautomobil fortgeschafft worden.

Vermischtes.

Wahnsinnstat in einer Schule.

* Bremen, 20. Juni. Ganz Bremen ist entsetzt über die furchtbaren Kindermorde in der katholischen Marienschule, über die schon kurz drahtlich berichtet wurde. Bis jetzt sind vier Kinder tot, der von zwei Kugeln in den Leib betroffene Lehrer Möllmann liegt im St. Josephsstift im Sterben, mehrere Kinder sind schwer verletzt. Im ganzen sind an zwanzig Kinder von Kugeln getroffen worden oder auf der wilden Flucht zu Schaden gekommen. Der Verhaftete will der am 24. September 1883 zu Sülze geborene evangelische Kandidat des höheren Lehramts Heinz Jakob Ernst Schmidt sein. Da er später kein Wort sagte, aber, als er russisch angeredet wurde, plötzlich darauf antwortete, entstand die Ansicht, daß man es mit einem zugereisten Russen zu tun habe, der die auf Schmidt lautenden Papiere gestohlen hätte. Genaueres läßt sich darüber noch nicht sagen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß man es mit dem irrsinnigen Sohn eines Geistlichen zu tun hat. Er soll bereits in ärztlicher Behandlung gewesen sein und heute vormittag an einen Arzt einen Brief geschrieben haben des Inhalts, daß die Katholiken und Jesuiten an allem Unheil in der Welt schuld seien, weshalb man sich gegen die katholischen Familien wenden müsse. Es wurden bei ihm Schriften gegen die Jesuiten gefunden. Er hat sich mit mehrern Pistolen ausgerüstet und trug viele Patronen bei sich, einen Haufen davon in einem Strumpf. Der Täter drang während der Frühstückspause in die Marienschule ein, schoß an der Lehrerin Pohl vorbei und feuerte dann blindlings in die schreiende Kinderschar hinein. Die getöteten und verletzten Mädchen und Knaben sind 6 bis 7 Jahre alt. Als der Lehrer Hubert Möllmann das Schießen hörte, eile er herbei und riß den Täter zu Boden, wobei er zwei Schüsse in den Unterleib erhielt. Trotz der schweren Verletzung, die tödlich wirken dürfte, hielt er den Täter fest. Auch der herbeieilende Schuldiener erhielt einen Streifschuß in die Backe. Ein Fuhrmann schlug mit der Heugabel auf den Verbrecher ein, dem schließlich die Hände gefesselt wurden. Von vielen wütenden Leuten wurde der Täter auf der Straße so übel zugerichtet, daß die Schutzleute zur Abwehr blank ziehen mußten. Einige Kinder leiden schwer und werden vielleicht zeitlebens an den Folgen der Verwundungen zu tragen haben. Man steht wie vor einem Rätsel angesichts des furchtbaren Gedankenganges des Verbrechers. Ganz Bremen, besonders aber die westliche Vorstadt, wo die Marienschule liegt, ist in Aufregung. Der Täter wird jetzt in der Irrenanstalt beobachtet, seine geistigen und körperlichen Kräfte waren dem Zusammenbruch nahe.

Eigene Depeschen.

Die Kaiserreise.

* Celle, 21. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin trafen mit Gefolge kurz vor 12 Uhr von Hannover hier ein. Die Militär- und Kriegervereine bildeten Spalier. Das Kaiserpaar fuhr unter dem Geläute der Kirchenglocken in den Schloßhof ein, wo Damen der Kaiserin Blumensträuße überreichten. Das Kaiserpaar besichtigte die Räume in der ersten Etage und die Schloßkapelle. Nach einer halben Stunde erschienen der Kaiser und die Kaiserin wieder vor dem Schloßportal, wo die Kaiserin mehrere Kinder ansprach. Um 12 Uhr 38 Min. traten sie die Weiterfahrt nach Hamburg an. Ein Vorbeimarsch der Garnison fand nicht statt. Das Kaiserpaar wurde überall vom Publikum lebhaft begrüßt.

* Lüneburg, 21. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin sind um 2 Uhr 8 Min. im Automobil hier eingetroffen. Nach halbstündiger Besichtigung der Johanniskirche erfolgte die Weiterfahrt nach Hamburg.

Das Kaiserpaar in Hamburg.

* Hamburg, 21. Juni. Zum Empfange des Kaiserpaars an den St. Pauli-Landungsbrücken waren erschienen: Die Bürgermeister Schröder und Predöhl, Gesandter v. Bülow mit Gemahlin und Legationssekretär v. Bonin mit Gemahlin. Als das Kaiserpaar die Hohenzollern betrat, brachte Kapitän zur See v. Karpf ein dreifaches Hurra aus. Gesandter v. Bülow übernimmt an Stelle des Gesandten v. Treutler für die folgenden Tage die Vertretung des Auswärtigen Amts beim Kaiser. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen an Bord der Hohenzollern Wohnung.

* Hamburg, 22. Juni. Kurz nach 3 Uhr traf das Kaiserpaar bei Horn ein. In offenem Vierspänner fuhren sie über das Geläuf vor die Kaiserloge, die mit blühenden Gewächsen reich geschmückt war. Die Musik spielte die Nationalhymne. Das Publikum, das zu vielen Tausenden bei prächtigem Wetter die Bahn füllte, brachte stürmische Hochrufe aus. Sie sahen zunächst das Rennen um die silberne Peitsche. Es folgte das Rennen um den Großen Hansapreis, alsdann das Kaiserin Augusta Viktoria-Jagdrennen um den Ehrenpreis der Kaiserin. Erster wurde Leutnant Graf Holck, der mit 2½ Längen sicher gewann. Graf Holck wurde in die Kaiserloge geführt und empfing aus der Hand der Kaiserin den Preis. Um ¼5 Uhr verließen die Majestäten die Rennbahn unter andauernden Ovationen und begaben sich zum Dammtor-Bahnhof.

Letzte politische Nachrichten.

* Stuttgart, 22. Juni. Der Kaiser bewilligte dem Verein Naturschutzpark aus dem Dispositionsfonds 50 000 M. für die beiden von demselben geplanten Naturschutzparks.

)(Barcelona, 22. Juni. Bei einer Protestversamlung gegen den Krieg, die gestern abend hier abgehalten wurde, kam es zu heftigen Kundgebungen. Als die Polizei einschritt, gaben die Teilnehmer Revolverschüsse ab. Die Polizeibeamten feuerten ebenfalls. Zwei Kundgeber und ein Polizeibeamter wurden verwundet, auch ein Journalist wurde leicht verletzt, 22 Personen wurden verhaftet.

Verschwörerprozeß.

)(Konstantinopel, 22. Juni. Die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die Mörder Schefket Paschas dauerte bis heute früh 1 Uhr, dann wurde das Urteil gefällt, das dem Sultan zur Bestätigung unterbreitet wurde. Die Verurteilten werden morgen früh an verschiedenen Stellen der Stadt gehenkt werden. Die Mörder Nazmi, Hikmet und Abdurahman sind noch immer nicht verhaftet. Prinz Sabaheddin richtete gestern an die Polizei ein Schreiben, in dem er mitteilt, daß er sich seit 70 Tagen an einem sicheren Orte versteckt halte und ruhig den Gang der Untersuchung verfolge.

Ein neuer Balkankrieg?

* Berlin, 22. Juni. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Im bulgarisch-serbischen Streit haben während der letzten Woche die beiden zunächst beteiligten Regierungen eine Reihe von Erklärungen gewechselt, aus denen einstweilen nur hervorgeht, daß ihre Ansichten sich nach wie vor schroff entgegenstehen. Immerhin hält man in Sofia wie in Belgrad die Möglichkeit einer Teilnahme an der von Rußland als nächstes Auskunftsmittel vorgeschlagenen Besprechung der Ministerpräsidenten in St. Petersburg noch offen. Im ungarischen Abgeordnetenhause hat der Ministerpräsident Graf Tisza sich mit Bestimmtheit dagegen erklärt, daß ein Eingreifen von dritter Seite in die Streitigkeiten innerhalb des Balkanbundes benutzt werde, um der eingreifenden Macht eine mit der Selbständigkeit der Balkanstaaten unvereinbare Schutzherrschaft zu sichern. Gegenwärtig läßt sich noch nicht absehen, ob der Streit unter den Balkanstaaten durch schiedsrichterliche Vermittelung oder durch Waffengewalt entschieden werden wird. Das allseitige Festhalten der Großmächte an den Grundlinien einer europäischen Friedenspolitik, zu denen auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Balkanstaaten gehört, hat bisher günstig gewirkt und wird sich, wie wir hoffen, auch fernerhin bewähren.

* Sofia, 22. Juni. Der serbische Gesandte Spalaikowitsch ist gestern abend nach Belgrad abgereist.

Das offiziöse Blatt Bulgaria erklärt, die Ablehnung der bulgarischen Vorschläge betr. die Abrüstung schließe die Phase der diplomatischen Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien ab. Es bleibe noch übrig, ein wirksameres Mittel zur Regelung des Streites zu finden. Dieses Mittel werde Bulgarien zu finden wissen, denn es sei entschlossen, in der Verteidigung seines Rechtes bis ans Ende zu gehen.

Bootsunfall.

⚓ Berlin, 23. Juni. Auf dem Tegelersee hat sich gestern ein schwerer Unfall ereignet, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. 4 Arbeiter hatten eine Bootsfahrt unternommen. Bei der Rückfahrt kenterte das Boot. 2 Arbeiter konnten durch ein Dampfboot gerettet werden. Die beiden andern ertranken.

Luftschiffahrt.

* Leipzig, 22. Juni. Zur Eröffnung des Leipziger Luftschiffhafens ist der König hier eingetroffen. Während der König an der Halle begrüßt wurde, traf das Luftschiff Sachsen an der Halle ein, nachdem es sie schon 20 Minuten vorher sichtbar überflogen hatte. Um 3,50 Uhr erschien die Viktoria Luise. Beide Luftschiffe umkreisten unter großer Begeisterung des Publikums den Landungsplatz. Die Sachsen landete um 4,15 Uhr glatt vor der Halle. Die Viktoria Luise kreuzte über Leipzig. — Die Sachsen ist mit dem König von Sachsen an Bord um 4,35 Uhr zu einer einstündigen Fahrt über Leipzig und die Bau-Ausstellung aufgestiegen. Um 4,40 Uhr landete die Viktoria Luise glatt vor der Halle und trat um 4,50 Uhr gleichfalls eine Passagierfahrt über Leipzig an. Nach einer Rundfahrt landete die Sachsen um 5,30 Uhr vor der Halle. Sie war nach einigen Minuten darin geborgen. Der König, Graf Zeppelin, der Kronprinz und Prinz Friedrich Christian von Sachsen, welche die Rundfahrt mitgemacht hatten, entstiegen in der Halle dem Luftschiff unter großem Jubel der Zuschauer und besichtigten die Halle. Um 5,45 Uhr war auch die Viktoria Luise gelandet und in der Halle geborgen worden. Um 6 Uhr fuhren der König, die Prinzen und Graf Zeppelin in die Bau-Ausstellung.

* Gotha, 21. Juni. Gestern abend um 7.30 Uhr landete nach einem Fernfluge von Köln über Gießen auf dem Flugplatze der Waggonfabrik Leutnant Joly von der Fliegerstation Köln mit Hauptmann Osius vom Großen Generalstabe als Beobachter. Die Orientierung war infolge des Regens und Nebels nur schwierig. Meist wurde nach dem Kompaß gefahren. Die Strecke Köln-Gotha wurden in dreieinhalb Stunden durchflogen.

)(Wien, 22. Juni. Beim heutigen internationalen Flugtag in Aspern stieß der Flugdrache des Oestereichers Stager in einer Höhe von 40 Meter gegen den des Franzosen Molla. Beide Flugzeuge stürzten und wurden gänzlich zertrümmert. Molla wurde leicht, Stager und sein Begleiter, Linienschiffsleutnant Nepalek, wurden schwer verletzt.

Letzte unpolitische Post.

* Oelsnitz (Vogtland), 21. Juni. Geheimer Komerzienrat C. W. Koch hat der Stadt zum Andenken an seine kürzlich verstorbene Gattin 100 000 M. gestiftet.

)(Brüssel, 23. Juni. Im Vergnügungspark in der Genter Weltausstellung hat sich gestern ein Wagen der Gebirgsbahn auf dem Gipfel losgerissen. Der Wagen sauste mit ungeheurer Geschwindigkeit zu Tal. Unten angelangt, sprang er aus den Schienen, stürzte um und zerschellte. Von den 20 Insassen wurden 17 verletzt, davon 2 schwer. Unter den Verletzten befinden sich zwei Deutsche, die Brüder Ludwig und Franz Langer aus Hessen.

Wetter-Aussichten für den 24. Juni:
Sommerlich warm, meist trocken.

Witterungs-Beobachtungen vom 22. Juni:
Höchste Tagestemperatur: 19 Grad über Null.
Tiefste Nachttemperatur: 11 Grad über Null.
Heute morgen 8 Uhr: 15 Grad über Null.
Das Barometer ist 1 Millimeter gestiegen.

Am heutigen Fruchtmarkte blieben die Preise sämtl. Fruchtgattungen unverändert.

Bezirks-Polizeiverordnung

betreffend Fischereischeine.

Unter Hinweisung auf die §§ 4, 11 bis 17, 46 und 49 des Fischereigesetzes vom 30. März 1874 wird gemäß § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 für den Umfang unseres Bezirks Folgendes verordnet:

§ 1. Wer in nicht geschlossenen Gewässern unseres Bezirks die Fischerei aus eigenem Recht oder als Pächter ausübt, hat eine von der Ortspolizeibehörde oder in fischereigenossenschaftlichen Revieren vom Genossenschafts-Vorstande nach folgendem Schema ausgestellte Bescheinigung bei sich zu führen und jedem Polizeibeamten oder Fischereiaufseher auf Verlangen vorzuzeigen:

Fischerei-Bescheinigung Nr. ...

Der (Name und Berufsart) in (Wohnort) hat der unterfertigten Behörde (oder dem unterfertigten Vorstande) die Anzeige gemacht, daß er die Fischerei in den nachbenannten Gewässern

genaue Bezeichnung derselben)

aus eigenem Recht (oder „als Pächter") betreiben wolle.

(Ort und Datum.)

Die Ortspolizeibehörde.

N. N.

(oder „der Vorstand der ..... Fischereigenossenschaft".)

N. N.

§ 2. Wer in nicht geschlossenen Gewässern unseres Bezirks die Fischerei innerhalb der Reviere anderer Berechtigter betreibt, hat einen vom Fischereiberechtigten oder Pächter nach folgendem Schema ausgestellten, und soweit nicht die am Schlusse des § 13 des Fischerei-Gesetzes vom 30. Mai 1874 statuierten Ausnahmen Platz greifen, von der Ortspolizeibehörde oder dem zuständigen Fischerei-Genossenschaftsvorstande beglaubigten Erlaubnisschein bei sich zu führen und jedem Polizeibeamten oder Fischereiaufseher auf Verlangen vorzuzeigen.

Fischerei-Erlaubnisschein Nr. ....

Dem (Name und Berufsart) in (Wohnort) wird hierdurch die Erlaubnis erteilt, die Fischerei in den nachbenannten Gewässern

genaue Bezeichnung derselben)

während der Zeit vom ..... bis ..... mittels (Anzahl und Art der Fanggeräte und evenkl. Fahrzeuge) zu betreiben.

(Ort und Datum.)

Der Fischereiberechtigte. („Fischereipächter", Genossenschaftsvorstand.)

N. N.

Die obige Unterschrift wird beglaubigt.

(Ort und Datum.)

Die Ortspolizeibehörde. (oder der Vorstand der Fischereigenossenschaft.)

N. N.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht die im Reichsstrafgesetzbuch, im Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 und der Allerhöchsten Verordnung zur Ausführung des letzteren vom 2. November 1877 vorgesehenen strengeren Strafen Platz greifen, mit Geldbuße bis zu 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Düsseldorf, den 11. August 1882.

Königliche Regierung, Abteilung des Innern.

Vorstehende Polizeiverordnung wird hiermit zur öffentlichen Kentnis gebracht.

Neuß, den 21. Juni 1913.

Die Polizei-Verwaltung.
Der Bürgermeister:
In Vertretung: **Klein.**

Neuss,
Oberstrasse 120, 122, 124

Gebr. Alsberg

Neuss,
Oberstrasse 120, 122, 124.

Grosser Sonder-Verkauf!

Infolge Separation einer der grössten süddeutschen Engros-Firma kauften wir einen grossten Posten Weiss- und Baumwollwaren :: ganz bedeutend unter dem regulären Wert. ::

Der Verkauf beginnt

HEUTE

und ist durch die angesetzten aussergewöhnlich billigen Verkaufspreise eine grosse Kaufgelegenheit für,

Ausstattungen **Hausbedarf** **Restaurateure**

Nr. 1	Weißer Bett-Damast 130 cm breit . . . . . Meter	59 Pfg.	Nr. 15	Bettuch-Nessel 155 cm vorzügliche Ware . . Meter 49 Pfg.
Nr. 2	Weißer Bett-Damast 160 cm breit . . . . . Meter	79 Pfg.	Nr. 16	Bettuch-Nessel 158 cm prima Ware . . . Meter 78 Pfg.
Nr. 3	Weißer Bett-Damast 130 cm, Ia. Ware . . . . Meter	85 Pfg.	Nr. 17	Bettuch-Nessel 160 cm schwerste süddeutsche Ware Meter 98 Pfg.
Nr. 4	Weißer Bett-Damast 160 cm Ia. Ware . . . . Meter	98 Pfg.	Nr. 18	Hemdel-Nessel ca. 75/78 cm breit gute Ware . . Meter 19 Pfg.
Nr. 5	Weißer Bett-Damast 130 cm hervorragend gute Ware . Meter	1.10 Mk.	Nr. 19	Hemden-Nessel ca. 75/78 cm breit vorzügl. Ware . Meter 26 Pfg.
Nr. 6	Weißer Bett-Damast 160 cm hervorragend gute Ware . Meter	1.45 Mk.	Nr. 20	Hemden-Nessel 78 cm breit prima Ware . . . Meter 29 Pfg.
Nr. 7	Weißer Bett-Damast 130 cm Ia. Qualität und Muster . Meter	1.45 Mk.	Nr. 21	Hemden-Nessel 78 cm breit prachtvolle Qualität . Meter 33 Pfg.
Nr. 8	Weißer Bett-Damast 160 cm Ia. Qualität und Muster . Meter	1.75 Mk.	Nr. 22	Hemden-Nessel 80 cm breit beste Qualität . . Meter 39 Pfg.
Nr. 9	Weißer Bett-Damast 130 cm feinste Macco-Ware . . Meter	1.75 Mk.	Nr. 23	Bett-Inlett roter Cöper 130 cm breit federdicht Meter 95 Pfg.
Nr. 10	Weißer Bett-Damast 160 cm breit feinste Macco-Ware . Meter	2.45 Mk.	Nr. 24	Bett-Inlett roter Cöper 160 cm breit federdicht Meter 1.15 Mk.
Nr. 11	Bettuch-Cretonne 160 cm gute süddeutsche Ware . Meter	59 Pfg.	Nr. 25	Bett-Inlett Ia. roter Cöper 130 cm breit federdicht Meter 1.35 Mk.
Nr. 12	Bettuch-Chiffon 160 cm Ia. Qualität vorzügl. Ware Meter	95 Pfg.	Nr. 26	Bett-Inlett 160 cm breit Ia. roter Cöper . . Meter 1.55 Mk.
Nr. 13	Bettuch-Cretonne 160 cm ganz enorm billig . . Meter	1.10 Mk.	Nr. 27	Bett-Inlett 160 cm breit vorz. federdichte Ware Meter 1.95 Mk.
Nr. 14	Bettuch-Renforce 160 cm feine Qualität enorm billig Meter	1.45 Mk.	Nr. 28	Bett-Inlett 160 cm breit echt rot Ia. Ware . Meter 2.25 Mk.

Nr. 29	Hemden-Cretonne 80/82 cm breit spottbillig . . Meter	19 Pfg.	Nr. 36	Handtuchgebild gute solide Ware enorm billig . Meter 15 Pfg.
Nr. 30	Chiffon 80/82 cm breit Ia. süddeutsche Ware Meter	29 Pfg.	Nr. 37	Handtuchgebild vorzügliches Gerstenkorn . . Meter 24 Pfg.
Nr. 31	Chiffon 80/82 cm breit vorz. süddeutsche Ware Meter	39 Pfg.	Nr. 38	Handtuchgebild enorm billig schwere Ware . . Meter 29 Pfg.
Nr. 32	Renforce 80/82 cm breit feinfadige gute Qual. Meter	39 Pfg.	Nr. 39	Handtuchgebild schweres Halbleinen . . . Meter 39 Pfg.
Nr. 33	Renforce 80/82 cm prachtvolle feinfädige Qual. Meter	48 Pfg.	Nr. 40	Handtuchgebild Ia. halbleinene Ware bed. unter Preis Meter 48 Pfg.
Nr. 34	Renforce 80/82 cm hervorragend gute Qual. Meter	58 Pfg.	Nr. 41	Handtuch-Damast prachtvolle Qualität . . . . Meter 59 Pfg.
Nr. 35	Macco-Edeltuche 80/82 cm beste Ware enorm billig Meter	68 Pfg.	Nr. 42	Handtuch-Gebild Ia. Ware hervorragende Qualität . Meter 78 Pfg.

Zum Johanni-Markt extra billige Auslagen

in allen Abteilungen.